

Aus schweren Tagen : Erinnerungen eines alten Parlamentariers und kantonalen Militärdirektors

Autor(en): **Walther, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **85=105 (1939)**

Heft 7

PDF erstellt am: **20.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-16194>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

unbedingten Widerstandes rechnen. Unter diesen Gesichtspunkten besonders ist unsere Wehrfähigkeit wichtig und von grosser Bedeutung.

Wir haben von allen Seiten die Zusicherung erhalten, dass in einem Kriegsfall die Neutralität und Integrität unseres Landes unter allen Umständen unbedingt respektiert würden und dass, komme was da wolle, kein Angriff auf unser Staatswesen, dessen Bestand im Interesse von ganz Europa liegt, und keine Verletzung unseres Territoriums erfolgen werden. Ich bin überzeugt, dass diese feierlichen Versprechungen nicht der Ausfluss einer augenblicklichen Stimmung, sondern das Ergebnis ruhiger, sachlicher Ueberlegungen und der Ausdruck eines ernstesten redlichen Willens sind. Das Versprechen, die Schweiz nicht in den Konflikt zu ziehen und sie nicht anzutasten, ist historisch und im Wesen der Schweiz begründet und entspricht den wahren moralischen und materiellen Interessen unserer Nachbarn. Eine Verletzung der gegebenen Zusicherungen würde in der ganzen Welt als ein Treubruch schlimmster Art betrachtet und in seinen Folgen auf den Angreifer zurückfallen. Niemand könnte sich mit einer solchen Verantwortlichkeit belasten.

Die Schweiz läuft also nach meiner Ueberzeugung nicht Gefahr, dass das gegebene Wort nicht gehalten, dass sie angegriffen und dass der Krieg in ihr Land getragen wird. Die Fähigkeit und der Wille, sich zu verteidigen, sichern ihr vollends auch in einer Zeit von Blut und Eisen die Achtung und den Frieden. Die Disziplin des Volkes wird ihr aber auch als neutrales Land erlauben, ihre politische und wirtschaftliche Stellung und den sozialen Frieden unter Aufbietung aller Kräfte und in geschlossener Einigkeit zu behaupten.

Aus schweren Tagen

Erinnerungen eines alten Parlamentariers und kantonalen Militärdirektors.

Von Dr. Heinrich Walther, Nationalrat.

Historia docet. Die Geschichte ist die Lehrmeisterin der Völker. Dieser Spruch findet sich fast in jedem Lehrbuch der Volksschulen. Er bildet auch den Ausgangspunkt für ungezählte Gelegenheitsreden, die von Berufenen und Unberufenen gehalten werden. Und doch sind in alter, neuerer und neuester Zeit die Lehren der Geschichte viel zu wenig beachtet und befolgt worden. Ein sprechendes Beispiel hiefür bietet die ganze *politische Geschichte* unseres Landes und vor allem aus die Geschichte der Entwicklung des schweizerischen *Wehrwesens*. Man weiss, dass

nur ein *einiges, zielbewusstes und zielsicheres* Volk in den Stunden äusserer Gefahr *abwehrstark* sein kann. Und doch reibt man sich noch heute vielfach auf in Streit und Hader in Dingen, die des Kampfes gar nicht wert sind. Und wie unendlich lange hat es gedauert, bis sich in weiten Kreisen des Volkes die Ueberzeugung durchsetzte, dass für eine *starke kriegstüchtige Armee*, die unserem Lande allein Freiheit und Unabhängigkeit erhalten kann, kein Opfer zu gross sein dürfe. Die Lehren der Grenzbesetzung 1871 und die Mahnungen des Armeeführers General Herzog waren bald vergessen. Jeder Fortschritt auf militärischem Gebiete konnte nur in hartem Meinungsstreite errungen werden. Jahr für Jahr wiederholte sich in den eidgenössischen Räten und in der Presse der wilde Kampf um die Militärausgaben. Und doch gab es zwischen 1871 und 1914 manche *Schicksalsstunde*, die unserem Lande hätte verhängnisvoll werden können. Wie oft tagten die eidgenössischen Räte unter der Einwirkung aufgeregter Stimmungen, die über die Landesgrenzen überquellten. Zur Zeit des Wohlgemuth Handels huschte das Gespenst internationaler politischer Verwicklungen durch die Säle, in denen die eidgenössischen Räte sassen. Immer wieder wurde die Lehre der Geschichte vergessen, so dass selbst die absolut dringend gewordene Umgestaltung unserer Armeeorganisation nur in mühevолlem Ringen um die Psyche des Volkes im Jahre 1907 durchgesetzt werden konnte. Mit grossen Worten wurde das Errungene gepriesen! *Und wie stand es mit dem Kriegsgenügen unserer Armee 1914?* Der Bericht von General Wille gibt Aufschlüsse, die uns noch heute mit einem gewissen Schauer an die Möglichkeit denken lassen, dass die Schweiz in den ersten Kriegsmonaten aktiv in den Krieg einbezogen worden wäre. Innert kürzester Frist hätte sich die *Materialnot* ins Unerträgliche gesteigert. Als am 31. Juli 1914 der *Piketstellungsbefehl* für die ganze Armee in Luzern eintraf, nahm ich als kantonaler Militärdirektor sofort eine Inspektion unserer sämtlichen Armeemagazine vor. Alles schien in tadelloser Ordnung zu sein. Auf meine an den mich begleitenden Kriegskommissär gerichtete Anfrage, wie lange unsere *Materialreserven* ausreichen werden, im Falle wir sofort eingreifen müssten, erfolgte die erschreckende Antwort: Wir werden in wenigen Wochen zu Ende sein, wenn nicht sofortiger Ersatz in kürzester Frist geschaffen werden kann! Der Umstand, dass wir von dem aktiven Eingriff verschont blieben, gab die Möglichkeit, in fieberhafter Arbeit die Vorräte einigermaßen zu ergänzen. In den Militärmagazinen der andern Kantone und des Landes sah es nicht anders aus als in jenen des Kantons Luzern. Glücklicherweise waren diese Zustände dem Gros unserer Wehrpflichtigen nicht bekannt. Das Vertrauen in unsere eigene Kraft erlitt keine

Erschütterung. *Die Armee hat ihre Pflicht ganz getan.* Ihre Erfüllung mag den Einzelnen viel gekostet haben. Mancher ertrug die Opfer nicht leicht, weil er persönlich Ungemach und Nachteil, materielle Einbusse oder moralische Zurücksetzung erlitten zu haben glaubte, zu Recht oder zu Unrecht. Doch der *Kollektivwille der Nation* zeigte sich *superior* und blieb Sieger über alle individuellen Schwächen. Leider gab es hiefür keine *Dauerwirkung*. Schon im Dezember 1914 setzte in den eidgen. Räten wieder der *Streit um die Militärausgaben* ein. Im Ständerat verlangte der Walliser *von Roten* zwecks Ersparnis eine weitgehende Reduktion des militärischen Aufgebotes, indem man nach dieser Richtung zu weit gehe. Generaladjutant Ständerat *Brügger*, der in Uniform an den Beratungen teilnahm, trat seinem Kollegen ziemlich scharf entgegen und erklärte, dass diese Frage überhaupt nicht im Parlamente vor aller Oeffentlichkeit behandelt werden dürfe. Der General sei schon jetzt so weit als nur möglich entgegengekommen. Ueber die *Dauer des Gesamtaufgebotes* und das *Mass der Aufgebotserleichterungen* bestanden zwischen General Wille und Generalstabschef v. Sprecher gewisse Differenzen. Aus einigen Kantonen waren schon in der zweiten Hälfte September Gesuche um Erleichterungen des Aufgebotes eingelangt. Generalstabschef von Sprecher, mit dem mich seit Jahren freundschaftliche Beziehungen verbanden, beschied mich jeweilen zu sich, um mit mir über derartige kantonale Regierungsanregungen Rücksprache zu nehmen. Entgegen dem General war er der Ansicht, dass man am Aufgebot der *gesamten* Armee so lange als möglich festhalten sollte. Er belief sich dabei speziell auf das Beispiel *Hollands*. Auf meine Einwendung, dass sich Holland in bessern finanziellen Verhältnissen befände als die Schweiz und dass unser Land früher als Holland an Einschränkungen denken müsse, antwortete er ziemlich erregt: «Ich verstehe nicht, wie Sie mit einer solchen Einstellung eine einzige Nacht ruhig schlafen können. Ihr Parlamentarier trägt schliesslich doch auch ein grosses Stück an Verantwortlichkeit.» Es war mir bei diesen Vorwürfen des mir sonst so wohlwollend gesinnten und so grosszügigen Generalstabschefs recht bedenklich zu Mute geworden. Und doch habe ich ihm später noch andere Enttäuschungen bereiten müssen. Oberst von Sprecher war ein scharfer Gegner des Völkerbundes; speziell aus der Sitzverlegung nach Genf befürchtete er für die Neutralität der Schweiz schwere Gefahren. Er wusste, dass ich mich an vielen Volksversammlungen für den Beitritt der Schweiz gewehrt hatte. Etwa eine Woche vor der Abstimmung traf er mich auf dem Bahnhofperron in Bern und hielt mir — er war in voller Uniform — eine recht scharfe Standrede, deren Schluss dahin ging, dass ich ihm grosse Enttäuschungen bereitet habe

und dass er mich nicht mehr verstehe. Er hätte mich entschieden für weitsichtig genug gehalten, einem solchen Gefahrsprodukte nicht zuzustimmen. Auch in diesem Punkte schätze ich die Weitsicht des geistig so hochstehenden Generalstabschefs *heute* höher ein als damals! — *Im Nationalrat* nahm in der Dezembersession 1914 der Streit um das *Militärbudget* böse Formen an. Die sozialistische Gruppe schied sich in zwei Hälften. Die eine Hälfte wollte dem Militärbudget zustimmen, weil sie es zur Landesverteidigung für notwendig hielt. Die andere Hälfte wollte es verwerfen, weil die zur Zeit in der Armee geübte Erziehungsmethode «einer Demokratie unwürdig sei und uns am Kriegsverbrechen mitschuldig mache». Die *ganze* sozialistische Fraktion bejahte aber die Notwendigkeit des *fortgesetzten internationalen Kampfes gegen Militarismus und Kapitalismus*. Es kam in der stürmischen Debatte zu heftigen Zusammenstößen. Selbst der sonst ein gewisses Mass haltende Greulich zog gegen den «Paradedrill, die künstliche Züchtung des Militarismus und den ganzen militärischen Firlefanz» los, der in allen Ecken Einzug gehalten habe. Ich höre ihn noch heute, wie er unter dem Protest und dem Gelächter der Bürgerlichen in den Saal hinaus rief: «Provozieren Sie uns nicht, sonst halten wir nicht länger die Disziplin!» Unter lebhaftem Beifall der bürgerlichen Mitglieder beantragte der Grütlianer Oberst Dr. Ricklin Schluss der Debatte, um nicht länger die «Ehre des Rates zu gefährden». Und alles das geschah ungefähr *vier Monate*, nachdem sich das ganze Volk einmütig zur Verteidigung des Landes erhoben und nachdem sich einige sozialistische Führer wie Grimm, Sigg u. a. m. *freiwillig* zum Dienste gemeldet hatten. Von 1915 an gab es keine einhellige Zustimmung zum Militärbudget mehr. Und als im Revolutionsjahr 1918 unsere ausgezeichneten Truppen unter schwersten Opfern das Land vor dem Chaos gerettet hatten, führte die Beratung des Militärbudgets jedes Jahr zu heftigen Kämpfen mit den Sozialisten. In der Folge sah man sich auch bürgerlicherseits zu weitgehenden *Ersparnissen* gezwungen. Die Abbautendenzen der Sozialisten fanden auch aus den Reihen der Bürgerlichen Sukkurs und es gab einen Moment, da man riskieren musste, im Nationalrat für das Militärbudget keine Mehrheit mehr zu finden. Die bürgerlichen Fraktionspräsidenten fanden zur Rettung der Situation keinen andern Ausweg, als eine *Stabilisierung* des Militärbudgets auf einen bestimmten Betrag vorzuschlagen. Es war ein peinlicher Moment, als meine Kollegen Schüpbach, Obrecht (der heutige Bundesrat), Calame und ich Bundesrat Scheurer diese Stabilisierung auf 85 Millionen vorzuschlagen hatten. Scheurer wehrte sich bis zum Aeussersten dagegen und gab erst nach, als man ihm vorrechnete, dass zur Annahme des Budgets mindestens zehn Stimmen fehlen

würden. Mir wurde der Auftrag erteilt, den Antrag im Rate zu begründen. Mit einer innern Beschämung erinnere ich mich heute der Vollziehung dieses Auftrages. Es waren harte Worte, die ich von Bundesrat Scheurer als Antwort zu hören bekam; sie waren aber nicht verdient, da unter dem Druck der Situation eine andere Lösung nicht zu finden war. Die Folgen dieses Beschlusses waren bedenkliche. Eine Reihe ungesetzlicher Massnahmen wie Reduktion der Rekrutierung etc. wurden getroffen. Am Material, speziell an der Bekleidung wurde ein eigentlicher *Raubbau* betrieben. Und als in einem späteren Momente unter andern Verhältnissen mir wieder von der Präsidentenkonferenz die Aufgabe übertragen wurde, zu beantragen, dass man zum Gesetze zurückkehren und auf die Auffüllung der ausgeraubten Bestände Bedacht nehmen soll, hat mir Bundesrat Scheurer die Erinnerung an die Stabilisierungsvorschläge nicht erspart. Es gereichte mir zu einer gewissen Genugtuung, an den von Bundesrat Scheurer gerade in jenen Tagen bewiesenen Starkmut zu erinnern, als ich von der Kanzel des Berner Münsters als Präsident des Nationalrates in dessen Namen diesem senkrechten Eidgenossen den letzten Gruss zu entbieten hatte. — Auch in den *kantonalen* Parlamenten führten die Sozialisten den Kampf gegen die Militärbudgets. Im Luzerner Grossen Rate gab es regelmässig eine heitere Stunde, fast mit Frühschoppenstimmung, wenn ich mich mit dem betreffenden sozialistischen Antragsteller über das Militärbudget auseinanderzusetzen hatte. Im Jahre 1929 ist die *Kandidatur Dr. Klötis für den Bundesrat* an der Frage der Landesverteidigung gescheitert. In den bürgerlichen Parteien war auf Grund der unter den betreffenden Fraktionspräsidenten stattgehabten Besprechungen auf eine Mehrheit für die Kandidatur Klötis zu rechnen, jedoch vorausgesetzt, dass sich dieser *offen* auf den Boden der Landesverteidigung stelle. Am Sonntag vor Beginn der Dezembersession der eidg. Räte kam die Frage der Landesverteidigung am sozialistischen Parteitag in Basel zur Behandlung. Dr. Klöti hatte sich ebenfalls auszusprechen und gab, offenbar zögernd und ungern, die Erklärung ab, dass er sich auch in dieser Frage nicht von der Partei trennen werde. Der Parteitag beschloss neuerdings Ablehnung der Landesverteidigung. Damit war das Schicksal der sozialistischen Kandidatur besiegelt. Die am Montag zusammentretenden bürgerlichen Fraktionspräsidenten konnten nur konstatieren, dass sie zur Unmöglichkeit geworden sei. — Mit dem *Eintritt der neuen Regierung in Deutschland* haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Die Möglichkeit einer Kriegsgefahr hat die Sozialisten dazu gebracht, ihre alte Oppositionsstellung bezüglich der Militärausgaben aufzugeben. Und seit der Zertrümmerung Oesterreichs durch Deutschland stellen sie sich

bei der Bewilligung von Militärausgaben in die vorderste Reihe. Es gibt kein «zu viel» mehr für sie. Ist bei den Sozialisten die Ueberzeugung von der absoluten Notwendigkeit, eine kriegsgenügende Armee zu besitzen, eine *dauernde* und zuverlässige geworden oder ist trotz der Lehren der Geschichte ein Rückfall in die alte starre Ablehnungspolitik zu befürchten, sobald sich die Kriegswolken einigermaßen lichten sollten? — darüber wird die Zukunft zu entscheiden haben. Dass aber das *Vertrauen* auf die *Dauerhaftigkeit* der Gesinnung noch kein allgemein fundiertes ist, muss angesichts der Wandelbarkeit der äussersten Linken nicht wundernehmen. *Dona è mobile* — heisst es im Rigoletto!

Historia docet. Die Verhandlungen der eidgenössischen Räte über die Frage der *Armeeleitung* sind in der letzten Session zu Ende geführt worden. Der «Friedensgeneral» wurde abgelehnt. Ob die gefundene Lösung, die weder Fisch noch Vogel ist, eine glückliche sei, bleibt abzuwarten. Sie birgt sicher Keime von Differenzen in sich, deren Gefahren sich heute nicht einschätzen lassen. Die *Armeekorpskommandanten* haben ohne Zweifel eine gewisse *capitis diminutio* erfahren, die sich unter Umständen verhängnisvoll auswirken kann. *Unerledigt ist heute noch die von neuem aufgerollte Frage der Generalwahl.* Soll das Parlament oder soll der Bundesrat Wahlbehörde sein? Wer die *Vorgänge bei der letzten Generalwahl* im Jahre 1914 nicht kennt, mag in guten Treuen der Meinung sein, dass man dem *Parlamente* das Recht der Bestimmung des Generals nicht nehmen sollte. Dass aber jemand aus Gründen demokratischer Theorien am Wahlrechte der *Bundesversammlung* nicht rütteln will, der über alles das, was sich damals vor und hinter den Coulissen abgespielt hat, einigermaßen orientiert ist, — das ist für mich völlig unverständlich. Gerade weil diese Frage in nächster Zeit zur Erledigung gelangen muss, dürfte es angezeigt sein, jene bedenklichen, zum Teil geradezu blamablen Vorgänge in Erinnerung zu rufen.

Am 1. August 1914 erhielt ich vom Bundesrat die telegraphische Mitteilung, dass er mich zum Mitglied der für die Vorbereitung der dem Bundesrat zu erteilenden Vollmachten und der Generalwahl ernannt habe. Gleichzeitig wurde die Kommission, die den Namen *Neutralitätskommission* erhielt, für Montagvormittag 10 Uhr einberufen. In der gleichen Stunde traten auch die eidgenössischen Räte zusammen. Schon über den Sonntag hatten in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Erörterungen über die Persönlichkeit des künftigen *Generals* eingesetzt. Im Vordergrund standen die Namen *Wille* und *von Sprecher*. Beide hatten Anhänger und Gegner, doch schien von Sprecher allgemein le plus en vue zu sein. Vor meiner Abfahrt nach Bern hatte ich noch auf meinem Bureau den Ansturm der *Dispensationsbe-*

werber auszuhalten. Dieser hatte schon am Sonntagmorgen 6 Uhr seinen Anfang genommen. Aus dem *Auszuge* verlangten fast keine, von der *Landwehr* nicht sehr viele Dispens. Dagegen wurde ich bestürmt mit Befreiungsbegehren aus dem *Landsturm*. In dem langen Korridor vor meinem Bureau im Regierungsgebäude standen die Leute dichtgedrängt Kopf an Kopf. Einige Polizisten mussten Ordnung halten. Der Andrang war nicht in diesem Ausmass vorauszusehen gewesen. Wohl war die sofortige Verwendung des *Landsturms* in den Mobilmachungsvorschriften vorgesehen. An eine derart intensive plötzliche *allgemeine* Inanspruchnahme hatte man aber doch nicht gedacht. Angesichts der Entblössung an Arbeitskräften durch Einberufung von Auszug und Landwehr suchte man noch ein Minimum an Arbeitskräften für die Landwirtschaftsarbeiten zurückzuhalten. Die Leute waren vom Ernste der Situation erfasst; ich selbst war meiner Verantwortlichkeit voll bewusst. Schon am Samstag hatte ich auf Vorschlag des Kommandanten der Luzerner Infanteriebrigade X, Oberst Hans von Pfyffer, alle *Benzinvorräte* im Kanton mit *Beschlag* legen lassen. Das führte zu einem komischen Intermezzo. Am Samstagabend drängte sich ein italienischer Major, der sich mit seiner Familie in Luzern aufgehalten hatte, in grosser Aufregung in mein Bureau. Er habe sofort heimzufahren, erklärte er, könne aber nicht mehr mit dem Zuge fort und für sein Auto sei kein Benzin erhältlich zu machen. Eine Ablehnung seines Begehrens um Benzinabgabe schien mir nicht angezeigt zu sein, da es eventuell in den italienischen Blättern zu unliebsamen Erörterungen hätte führen können. Ich bestellte den Offizier auf Sonntagvormittag 8 Uhr zu mir, um ihm durch die Polizei das bis zur Fahrt nach Como benötigte Benzin gratis zur Verfügung zu stellen. Der Mann fand sich pünktlich ein und war übergücklich über das ihm bewiesene Entgegenkommen. Unter der Türe kehrte er noch einmal um und fragte, ob er um eine Auskunft bitten dürfe. Es interessiere ihn, was das für Leute seien, die sich gestern und heute in solchen Massen vor meinem Bureau zusammendrängten. Ihm die Wahrheit bekannt zu geben, war mir unangenehm, da es in der ausländischen Presse hätte übel gedeutet werden können, wenn man gesagt hätte, dass es *Dispensbewerber* seien und so entschloss ich mich rasch, ihm die Erklärung zu geben, dass es sich um einen gewaltigen *Zustrom von Freiwilligen* handle, denen man sich kaum erwehren könne! Not kennt kein Gebot — sagte später einmal Reichskanzler Bethmann-Hollweg!

Am Montag um 7 Uhr konnte ich endlich abfahren und langte in rasendem Tempo in Bern an, wo ich im Namen der Regierung noch mit Bundespräsident Dr. Hoffmann über die Behandlung

der in Luzern in grosser Zahl anwesenden Fremden und über die Beschaffung von Lebensmitteln zu konferieren hatte. Es handelte sich speziell um eine eigentliche Kolonie von Russen, die sich in Luzern zusammengefunden hatten. An der Spitze stand eine junge russische Gräfin, die sich mit ihrer aussergewöhnlichen Schönheit und Liebenswürdigkeit am Samstag und Sonntag ohne Mühe wiederholt durch die Leute in mein Bureau durchgerungen hatte. Dr. Hoffmann empfahl gegenüber den Fremden weitgehendstes Entgegenkommen und bezüglich der Lebensmittelversorgung betonte er nachdrücklichst, dass man auf die Energie und das Verständnis seines Kollegen *Schulthess* vollstes Vertrauen haben dürfe. Es werde Herrn Schulthess sicher gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

In den Wandelgängen des Parlamentes ging es sehr lebhaft zu. Die *Personenfrage* für die Generalswahl stand im Vordergrund. Ich erhielt den Eindruck, dass sich für die Wahl von Sprechers eine grosse Mehrheit ergeben dürfte. Am Sonntagnachmittag hatte ich unsern Brigadekommandanten Oberst von Pfyffer zu mir gebeten, um mir für diese Wahl Richtlinien geben zu lassen. Obwohl ich die Herren Wille und von Sprecher seit Jahren sehr gut kannte, glaubte ich mir über deren *Führerqualitäten* kein Urteil erlauben zu dürfen. Von meinem Freunde Oberst v. Pfyffer wusste ich, dass er als vorzüglicher Brigadekommandant eine gründliche Kenntnis der Personen und Verhältnisse besitze und dass ich auf seine Ansicht unbedingt abstellen könne. Ohne Zögern schlug Oberst v. Pfyffer rückhaltlos die Lösung vor: Oberst Wille als General, Oberst v. Sprecher als Generalstabschef. So war ich sofort entschlossen, für Oberst Wille einzustehen, obwohl ich wusste, dass ich mich damit in Widerspruch zur katholisch-konservativen Fraktion setzen werde, die fast geschlossen auf der Seite der Kandidatur von Sprechers stand. Jene *erste Sitzung der Neutralitätskommission* vom 3. August schloss einige der *ernstesten* Stunden meines öffentlichen Lebens in sich. Die Kommission stand unter der Leitung des heute noch lebenden ebenso hochverdienten, wie angesehenen Politikers Stadtpräsident *Dr. Spahn* von Schaffhausen. Aus den von mir über die Verhandlungen gemachten eingehenden Aufzeichnungen — ein *offizielles* Protokoll wurde merkwürdigerweise nicht geführt — dürften heute noch die nachfolgenden Stellen aktuelles Interesse bieten. In erster Linie gab Bundespräsident *Dr. Hoffmann* davon Kenntnis, dass seitens Deutschlands und Frankreichs *Neutralitätsanerkennungen* vorliegen. Der deutsche Gesandte Freiherr von Romberg habe feierlich und formell erklärt, dass aus dem, was nächster Tage gegenüber *Belgien* geschehen werde, kein Schluss bezüglich der *Schweiz* gezogen werden dürfe. Dr. Hoffmann fügte

aber sofort bei, dass diese *Garantieerklärung* unsererseits nicht als *für alle Zukunft bindend betrachtet* werden dürfe. *Durchbruchversuche* von der einen oder andern Seite dürften im Verlaufe des Krieges zu den möglichen Dingen gehören. Gegenüber *Italien* sei die Lage unklar. Und gerade diese Unklarheit mache das *Aufgebot der ganzen Armee* zur Notwendigkeit. Das *Gesamtaufgebot* müsse auch deshalb trotz der Garantieerklärung aufrecht erhalten bleiben, weil die *Landwehr* hinsichtlich Ausbildung der Mannschaften und namentlich der Offiziere stark im Rückstande sei und unbedingt auf einen höhern Stand der Ausbildung gebracht werden müsse. Interessant war die Hoffmannsche Feststellung, dass die schweizerische Neutralitätserklärung auch *Savoyen* umfasse. Die *Schweiz* sei vertragsmässig *berechtigt*, *Savoyen* zu besetzen. Voraussichtlich werde man auf diese Besetzung, nicht aber auf das *Besetzungsrecht* verzichten. Nach einigen Auseinandersetzungen über die Fremdenfrage, Lebensmittelfuhr, Spionagemassnahmen, Behandlung der Refraktäre, Armeeaussgaben — die *täglichen* Ausgaben des Bundes für Armee (Bekleidung, Ausrüstung, Ernährung und Sold) bezifferte der anwesende Finanzdirektor *Dr. Motta* auf rund *eine Million Franken* — ging man mit grosser Spannung zur Besprechung der *Generalswahl* über. Der Bundesrat hatte von der Kommission keinen bestimmten Vorschlag, wohl aber eine allseitige gründliche Aussprache gewünscht. Bundespräsident *Dr. Hoffmann* teilte mit, dass am gleichen Tage eine *parlamentarische Delegation der welschen Schweiz* beim Bundesrat vorgesprochen und gegen die Wahl *Wille's* schwerwiegende Bedenken geltend gemacht habe. Der Bundesrat stelle sich auf den Standpunkt, dass nur der *tüchtigste Truppenführer* zum General gewählt werden dürfe. Sympathien und Antipathien hätten vollständig zurückzutreten. Und was nun diese besonderen *Führerqualitäten* anbelange, sei der Bundesrat nach Abwägung aller Verhältnisse und Eigenschaften der in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu der Ueberzeugung gelangt, dass sie bei *Oberst Wille* in hervorragendem Masse vorhanden seien. Das theoretische Wissen von Sprechers möge grösser sein. Was aber die ruhige Entschlossenheit, die Einschätzung aller faktischen Möglichkeiten anbelangt, müsse *Wille* der Vorrang eingeräumt werden. Zu nationalpolitischen Bedenken, wie sie von welscher Seite geäussert worden seien, liege kein Grund vor. *Wille* sei durch und durch Schweizer und sein schweizerisch patriotisches Denken sei unanfechtbar. Man nenne *Wille* einen Freund des deutschen Kaisers — mit Recht oder Unrecht. Jedenfalls stehe so viel fest, dass es den Erfolgen der letzten Kaiserbesuche zuzuschreiben sei, wenn sich Deutschland so rasch entschlossen habe, der schweizerischen Neutralität rückhaltlose

Anerkennung zu zollen. In den massgebenden Kreisen Deutschlands bestehe die Ueberzeugung, dass die Schweiz in der Lage sei, mit ihrer Armee die Neutralität nachhaltig zu schützen. *Und dieser Erfolg müsse zum grossen Teil Oberst Wille gutgeschrieben werden.* — Diesen Ausführungen Dr. Hoffmanns trat mit grosser Schärfe Oberst Dr. *Sécrétan*, Chefredaktor der Gazette de Lausanne, entgegen. Er bestritt vorab dem Bundesrat ein *Vorschlagsrecht* für die Generalswahl. Die *Bundesversammlung* müsse völlig frei unter *eigener* Verantwortlichkeit ihren Beschluss fassen. Auf alle Fälle wäre es direkt gefährlich, wenn die Neutralitätskommission einen Vorschlag machen wollte unter Angabe der Gründe, warum man eine bestimmte Person vorziehe, eine andere aber ablehne. Der Vorschlag der Kommission dürfe höchstens eine Namensnennung ohne Motive sein. Die *welschen* Mitglieder des Parlamentes seien einhellig der Ansicht, dass die Wahl Willes einen schweren politischen Fehler bedeute. Wille fehle das Vertrauen der welschen Schweiz; er stosse aber auch in andern Kantonen, z. B. in Graubünden, auf Widerstand. Durch besondere Eigentümlichkeiten und Vorgänge habe er sich unpopulär gemacht. Der von Wille in der Armee geschaffene Geist sei abstossend und schon oft desavouiert worden. Er kenne weder das Land noch die Gefühle des Volkes und werde rasch eine unerfreuliche und untragbare *Diktatur* entwickeln. Der gegebene General sei Oberst von Sprecher, der die neue Truppenordnung geschaffen habe und dieses Instrument daher am besten zu handhaben verstehen werde. Als Generalstabschef könne von Sprecher der bewährte hochangesehene Oberst *Audéoud* beigegeben werden. Die Abwehr *Dr. Hoffmann* gegenüber *Sécrétan* war nicht weniger scharf als der Angriff. Der sonst so ruhige, gemessene *Dr. Hoffmann* konnte seine Erregung nur mit Mühe bemeistern. Er verlangte, dass man der an erster Stelle verantwortlichen Landesregierung einen *ausschlaggebenden* Einfluss bei der Generalswahl zugestehe. Wille sei wohl eine sehr starke Persönlichkeit. Aber auch der Bundesrat habe einen festen, wenn nötig unbeugbaren Willen und werde dafür sorgen, dass sich der General jederzeit an die ihm gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen zu halten habe. Von Oberst von Sprecher liege bereits die Erklärung vor, dass er freudig mit Wille zusammenarbeiten werde. Beide Führer seien bei allen bisherigen Beratungen im Sinne ihrer künftigen Stellung zugezogen worden.

Die folgende Diskussion spitzte sich persönlich ungemein peinlich zu, so dass *Alfred Frey* den Antrag stellte, sie abubrechen und die Wahl einfach der Bundesversammlung ohne Kommissionsvorschlag zu überlassen. *Vital* (Graubünden) erklärte, dass Wille auch das Vertrauen von Graubünden nicht be-

sitze. *Bolli* (Schaffhausen) und *Will* (Bern) legten sich energisch für Wille ins Zeug. Bundesrat *Motta* gab dann ein besonderes eindruckvolles Votum für Wille ab. Von Sprecher möge persönlich sympathischer sein als Wille. Die militärischen Führungseigenschaften, die eigentliche *Generalsqualifikation*, seien aber sicher bei Wille in höherem Masse vorhanden als bei von Sprecher. Die Generalwahl sei heute eine eigentliche *Kapitalfrage* und da dürfe es für den Bundesrat kein Desaveu durch das Parlament geben. Man könne den Bundesrat doch nicht im gleichen Moment in dieser Frage desavouieren, in dem man ihm in allen andern grossen Fragen vollstes Vertrauen ausspreche.

Interessant war, dass sich auch Bundesrat *Décoppet*, im Gegensatz zu den welschschweizerischen Parlamentariern, mit gleicher Wärme wie *Motta* für die Wahl Willes wehrte. Bei dem Wirrwarr der Meinungen verzichtete die Kommission auf einen bestimmten Vorschlag. Man beschloss, die Fraktionen zusammenzutreten zu lassen und es ihnen zu überlassen, wenn möglich eine Einigung zu erzielen. So kam es, dass in der Vormittagssitzung der Bundesversammlung vom 3. August die Generalwahl nicht behandelt wurde; man beschränkte sich auf die Schlussnahme betreffend Ausgabe von *Fünffrankennoten* und auf eine Aussprache über ein allfällig nötig werdendes *Moratorium*, das in die Kompetenz der Kantone fallen würde. Bundesrat *Motta* hielt eine patriotische Ansprache, in der er versicherte, dass die wirtschaftliche Lage des Landes gesund sei. Befürchtungen wegen Geld- oder Lebensmittelmangel seien unbegründet. Es bedürfe bloss der Ruhe und Besonnenheit. *Die Zukunft sei gesichert, wenn alle das grosse Gesetz der Solidarität respektieren.* — Die entscheidende Nachmittagssitzung war auf halb 5 Uhr angesetzt. Inzwischen tagten die Fraktionen. In den drei Hauptgruppen — Freisinnigen, Katholisch-Konservativen und Sozialisten — wurde ungleich lebhaft debattiert. Die Auseinandersetzungen nahmen in diesen Gruppen zum Teil heftige Formen an. In Frage standen überall einzig Oberstkörpskommandant Wille und Oberstkörpskommandant von Sprecher. Die *Freisinnigen* beschlossen mit Zweidrittelmehrheit, für die Wahl von *Sprechers* einzustehen. In der sozialistischen Gruppe einigte man sich fast einhellig auf von *Sprecher*. In der *katholisch-konservativen Gruppe* war die Zahl der Anhänger Willes recht gering; man sah aber vorläufig von einer Beschlussesfassung ab in der Meinung, sich wenn möglich mit den Freisinnigen auf eine Person zu einigen, sei es von Sprecher oder Wille, um eine Wahl mit hoher Stimmenzahl herbeizuführen. Als der Nationalrat um ½5 Uhr zusammentrat, war noch keine Einigung erreicht, doch schien immerhin die Wahl von *Sprechers* gesichert zu sein. Der Nationalrat nahm vorab ein

Referat des Kommissionspräsidenten Spahn über die Lage und die Erteilung von Vollmachten an den Bundesrat entgegen. Der Kommissionsantrag, dem Bundesrat *unbeschränkte Vollmacht* für alle notwendigen Vorkehrungen zu erteilen, speziell zu Anleihen, zur Ausübung des Notverordnungsrechtes, auch gegen bestehende Gesetze, zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung und zum Erlass von Zwangskursen für die Banknoten, wurden diskussionslos einstimmig mit 171 Stimmen angenommen. Es enthielt sich einzig Graber (Antimilitarist) der Stimme. Um 5 Uhr wurde die Sitzung des Nationalrates unterbrochen, damit der Ständerat die Vollmachtenvorlage auch behandeln könne. Um 6 Uhr besammelten sich beide Räte zwecks Vornahme der Generalswahl. Laut und lärmend wurde vor Eröffnung der Beratung verhandelt und diskutiert. Um halb 7 Uhr teilte Nationalratspräsident von Planta, der die Bundesversammlung zu präsidieren hatte, mit, dass der Bundesrat zu einer Sitzung zusammengetreten sei und die Verschiebung der Bundesversammlung auf abends 8 Uhr wünsche, damit die Fraktionen sich nochmals besammeln können. Es entstand eine mächtige Bewegung im Saale, unter welcher die Sitzung aufgehoben wurde. Sofort traten wieder die *Fraktionen* zusammen. *Und nun setzte der starke Druck des Bundesrates ein.* Die *Rechte* nahm von Dr. Motta eine eingehende Darlegung der Motive des Bundesrates entgegen, weshalb dieser an seinem Antrage, Oberst Wille zum General zu wählen, festhalte. Mit der ihm eigenen Wärme und Lebhaftigkeit erledigte sich Herr Motta seiner Aufgabe. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Entscheidung der *freisinnigen* Fraktion, welche damals noch die Mehrheit hatte, abzuwarten und der von dieser aufgestellten Kandidatur zuzustimmen. In der *freisinnigen Mehrheitsfraktion* sprach Bundespräsident Dr. Hoffmann ebenfalls in eindringlicher Weise für Wille. Er beschwor die Fraktion, im Interesse des Landeswohles in dieser hochwichtigen Frage von einer Desavouierung des *einstimmigen* Bundesrates abzusehen. Nach kurzer Debatte, die trotz ihrer Kürze speziell von welscher Seite stark gegen Wille pointiert war, beschloss die Gruppe mit 67 gegen 30 Stimmen, auf ihren Beschluss vom Nachmittag zurückzukommen und Oberst Wille zu akzeptieren. Die *Rechte* schloss sich nach Kenntnisnahme von dem Beschluss der Freisinnigen ebenfalls der Kandidatur Wille an. Zu den Sozialisten war Bundesrat *Müller* abgeschickt worden, da dieser von der Zeit her, wo er als Stadtpräsident von Bern noch als der «rote Müller» galt, immer noch gewisse Beziehungen zu den Sozialisten hatte. Auch ihm gelang es, die sozialistische Gruppe umzustimmen und eine Mehrheit für Wille zu erzielen. Es gab sich namentlich Greulich grosse Mühe, einen Beschluss im Sinne des

bundesrätlichen Vorschlages herbeizuführen. In allen Fraktionen hatte die Erklärung von Sprechers, dass er freudig neben General Wille als Generalstabschef arbeiten werde, tiefen Eindruck gemacht. *Diese Erklärung von Sprechers wird in der Geschichte die Charaktergrösse dieses edeln Mannes immer leuchten lassen.*

Um 8 Uhr wurde die Vereinigte Bundesversammlung von Präsident von Planta eröffnet. Die Tribünen waren den ganzen Tag zum Erdrücken angefüllt. Das Wahlergebnis war folgendes: Ausgeteilte Stimmzettel 192, eingegangene 192, leer 7, gültige Stimmen 185, absolutes Mehr 93. Stimmen erhielten Oberstkörpskommandant U. Wille 122, Oberstkörpskommandant von Sprecher 63. Nach einigen Minuten erschien General Wille in grosser Uniform, begleitet von zwei Adjutanten, im Saal und stellte sich vor dem Präsidium auf. Alle Anwesenden erhoben sich. Präsident von Planta begrüßte den gewählten General, beglückwünschte ihn zur Ehrung, versicherte die Erwartung, dass er das grosse Vertrauen rechtfertigen werde, im Frieden oder im Krieg. «Ueberbringen Sie dem schweizerischen Heer den Gruss der Bundesversammlung.» Dann leistete General Wille den vorgeschriebenen Eid. Die Mitglieder des Rates drangen von allen Seiten auf ihn ein, um ihm Glückwünsche zu entbieten. Vorher hatten ihm sämtliche Mitglieder des Bundesrates, der vollzählig anwesend war, die Hand gedrückt. Ich habe in meinem öffentlichen Leben manche feierliche Stunde miterlebt. *Wohl keine kam an innerer Bewegung jenem Momente gleich, als der neugewählte General die Hand erhob und mit fester Stimme sprach: Ich schwöre!* Vor dem Palais wurde der General vom zahlreich anwesenden Publikum lebhaft akklamiert. *Die Vorgänge, die sich bei dieser Generalwahl vor und hinter den Kulissen abgespielt hatten, waren bedenklichster Art.* Die der *Parlamentswahl* anhaftenden Gefahren waren klar zutage getreten. Es hätte nur noch gefehlt, dass in der Bundesversammlung selbst vor aller Oeffentlichkeit über die persönlichen Vorzüge und Mängel der einzelnen Kandidaten eine Diskussion sich entwickelt hätte. Eine Zeitlang schien es, als ob auch dieses Schauspiel dem Lande nicht erspart bleiben solle. Man nimmt oft daran Anstoss, dass in einzelnen Kantonen die *Wahl der Bataillonskommandanten* durch die *Grossen Räte* oder *Landräte* vollzogen werden. Man pflegt das als Hypertrophie der Demokratie zu bezeichnen. *Ist diese Hypertrophie aber nicht weit grösser und gefährlicher, wenn der oberste Führer der Armee in gleicher Weise durch das eidgenössische Parlament ernannt werden soll?* Dem Bundesrat die volle Verantwortlichkeit für die Leitung des Landesschicksals und für die Armee zu überbinden, ihm aber unter Umständen einen *General* aufzuzwingen, den er nicht will, ist eine nicht bloss unerträgliche

und widersinnige, sondern direkt gefährliche Inkonsequenz. Wie glänzend General Wille das in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt hat, gehört der Geschichte an. Ebenso aber auch die glänzende Art, wie Generalstabschef von Sprecher seine grossen Aufgaben gelöst hat. Wille und von Sprecher waren gewiss grundverschiedene Naturen. Jeder war aber in seiner Art ein hervorragender Offizier. Beide standen gleich hoch an Vornehmheit und Gesinnung. So konnte es nicht ausbleiben, dass sie sich in der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe mühelos zusammenfanden. Meinungsdivergenzen blieben natürlich nicht aus. Eine solche allerdings kleiner Art habe ich einmal miterlebt. Im Jahre 1916 hatten General und Generalstabschef eine Einladung der Luzerner Regierung zum Besuche der *Sempacher Schlachthauszeit*, einer alljährlich stattfindenden patriotischen Gedenkfeier, angenommen. Mir war als damaligem Schultheissen die Ehre zuteil geworden, die beiden hohen Offiziere im Auto beim Hotel National in Luzern abzuholen und nach Sempach zu begleiten. Bald nach der Abfahrt entspann sich ein lebhafter Diskurs über die Frage, ob *General Kluck* bei seinem Vormarsch auf Paris trotz des erhaltenen, durch einen Oberstleutnant überbrachten etwas unklaren Rückzugsbefehls hätte weiter auf Paris marschieren oder den Rückzug antreten sollen. General Wille trat mit grosser Entschiedenheit dafür ein, dass Kluck unbedingt hätte weitermarschieren sollen. Wahrscheinlich würde damit der Krieg zugunsten Deutschlands entschieden worden sein. Generalstabschef von Sprecher dagegen verfocht die These, dass sich Kluck um so mehr an den Rückzugsbefehl halten müssen, als die Gefahr bestanden habe, dass er völlig abgeschnitten werde und dass ihm die beinahe noch intakte französische Armee in die Flanke fallen würde. Der ziemlich erregte Meinungswechsel der beiden Herren, an dem ich aus guten Gründen nicht teilnehmen konnte, hatte noch keinen Abschluss gefunden, als wir auf dem Schlachtfelde von Sempach ankamen. — Die Verschiedenheit der Naturen, die Uebereinstimmung in der Tüchtigkeit und in dem Adel der Gesinnung der beiden Heerführer kam auch einmal in einer von einer gewissen Komik begleiteten Sitzung der militärischen Subkommission der nationalrätlichen Neutralitätskommission zum Ausdruck. Dieser militärischen Subkommission, die vom Bundesrat über alle militärischen Angelegenheiten, soweit nicht die direkte Armeeführung in Frage stand, orientiert und befragt wurde, gehörten an: Oberstkörpskommandant Bühlmann als Präsident, Oberst Secrétan (Lausanne), Oberst Dr. Straumann (Baselland), Dr. Stadlin (Zug), Dr. Hofmann (Frauenfeld), Greulich (Zürich) und Walther (Luzern). Nachdem in der Presse und im Parlament an dem Verhältnis zwischen Militärgewalt zu den

Zivilbehörden beziehungsweise der Präponderanz der Armeeführung gegenüber der gesamten Zivilverwaltung Kritik geübt worden war, wurde beschlossen, General Wille zu einer Aussprache in die Kommission einzuladen. Der General gab dieser Einladung sofort Folge und erschien in der Kommission. Präsident Bühlmann orientierte den General in etwas aggressiver Form — es war das die Art des Herrn Bühlmann — über die in der Kommission gefallenen Aeusserungen und über die sowohl im Parlament wie in der Presse zum Ausdruck gekommenen Stimmungen. General Wille meldete sich sofort zum Wort: «Herr Präsident, Sie haben mich in einer Weise attackiert, dass ich mich unverzüglich verteidigen muss.» Dann aber erfolgte eine Abfuhr schwerster Façon. Auf jede einzelne Frage gab der General eine ebenso klare, wie zielsichere Antwort und zwar auch formell in geradezu blendender Form. Er war nicht bloss ein hervorragender Truppenführer, sondern führte auch in Wort und Schrift eine glänzende Klinge. Der Präsidialaufforderung zur Diskussion gab man nur zögernd Folge. Greulich eröffnete den Reigen in zahmer wie eigenartiger Weise. Einleitend versicherte er den General seiner besonderen Sympathie und bemerkte, dass er es gewesen sei, der in der sozialistischen Gruppe den Stimmungsumschwung zugunsten Willes bewerkstelligt und dadurch viel zu seiner Wahl beigetragen habe! Unter lebhafter Benützung einer Schnupftabakdose und unter dem Hin- und Herschwenken eines grossen rotgeblumten Nastuches endete Greulich seine Ausführungen in dem Verlangen, dass man dem Gewehrfechten mehr Beachtung schenken und das Rafzer Feld befestigen soll! Oberst Secrétan verzichtete auf das Wort, ebenso Dr. Straumann, Dr. Stadlin, Dr. Hofmann und ich brachten in magerer zahmer Form vor, was etwa über die Offiziersausbildung, den Geist im Offizierskorps und das Verhältnis der Zivilbehörden und Armeeführung in der Öffentlichkeit geltend gemacht worden war. General Wille antwortete auf alles ebenso malitiös wie verdächtig höflich. Die Herren Parlamentarier hatten ihm offensichtlich keinen besonderen Eindruck gemacht. Wir konnten uns lebhaft vorstellen, wie er etwa in vertrautem Kreise sich äussern würde. Andern Tages erschien Generalstabschef von *Sprecher* in unserer Mitte. In verbindlichster Weise und — ohne jede Malice — gab er die gewünschten Aufschlüsse. Man hatte den Eindruck, dass es ihm sichtlich Freude mache, einmal mit den Parlamentariern eine Aussprache halten und zur Beseitigung von Missverständnissen und Unklarheiten beitragen zu können. Die Aussprache nahm einen direkt herzlichen Charakter an. Für die Kommissionsmitglieder war die Konferenz mit dem so lebenswürdigen General-

stabschef in anderer Weise als jene mit dem General zu einem *Erlebnis* geworden. —

Ein Vorkommnis aus den ersten Kriegsjahren, das in der Öffentlichkeit nie bekannt geworden ist, dürfte auch heute noch von Interesse sein. In der Ansprache, die der Bundespräsident Dr. Hoffmann am 3. August 1914 gehalten hatte, sagte er — wie ich früher ausführte —, dass trotz der Neutralitätsanerkennung *Durchbruchsversuche* im Verlaufe des Krieges kein Ding der Unmöglichkeit sein dürften. Diese Gefahr war im Herbst 1916 in die Nähe gerückt. Ein speziell in Kunstkreisen sehr bekannter Luzerner, der in Paris seit Jahren wohnhaft gewesen und sich als einfacher Soldat bei der Mobilmachung gestellt hatte, war vom Generalstab herangezogen worden, um eventuell mit seinen Kenntnissen von Land und Leuten in Frankreich und seinen Beziehungen in Paris gewisse Aufschlüsse erteilen zu können. Er wurde wiederholt mit dem sogenannten «Kurier» nach Paris geschickt und brachte im Oktober 1916 von einer solchen Reise die Mitteilung heim, dass nach einem bestimmten Punkte in der Nähe der Schweizergrenze französische Truppen disloziert worden seien, da man einen deutschen *Durchbruch* befürchte. Diese Mitteilung erweckte beim Generalstab und dem von ihm orientierten politischen Departement eine gewisse Beunruhigung. Man hatte wohl die Neutralitätsanerkennung seitens der deutschen und französischen *Regierung*, nicht aber eine solche seitens der *Armeeleitungen*. Der Chef des Politischen Departements, Bundesrat Dr. Hoffmann, ersuchte gestützt auf langjährige freundschaftliche Beziehungen Herrn Dr. med. *Adolf Müller*, Landtagsabgeordneten in München, um eine Besprechung. Dr. Adolf Müller, der spätere deutsche Gesandte in Bern, gab diesem Ersuchen Anfangs Dezember Folge. Nach einer herzlichen Begrüssung sagte Dr. Hoffmann zu Dr. Müller: «Sie müssen ins Deutsche Hauptquartier zu General *Ludendorff*, um eine klare Erklärung über die Sicherheit der schweizerischen Grenze gegen jeden Uebertritt deutscher Truppen zu erbitten.» Dr. Müller verwies Dr. Hoffmann auf die sehr bündige Erklärung des Reichskanzlers *Bethmann* vom September 1916 im Reichstag und fügte hinzu, dass er keinerlei Beziehungen zum deutschen Hauptquartier habe. Auch sei der deutsche Gesandte in Bern, Herr von Romberg, wohl die kompetentere Persönlichkeit zur Ausführung eines solchen Auftrages. Dr. Hoffmann erwiderte, Romberg habe bereits auf die Erklärungen Bethmanns hingewiesen und es abgelehnt, nach der offiziellen Stellungnahme des Reichskanzlers einen neuen Schritt nach dieser Richtung zu tun. Das sei für ihn als Beamten des Auswärtigen Amtes unmöglich. Dr. Hoffmann fügte bei, dass die Situation jetzt dränge. *In Savoyen seien Baracken von den Franzosen*

erstellt worden, angeblich zur Hospitalisierung *Verwundeter*. Der deutsche Nachrichtendienst sehe darin aber die Vorbereitungen zu militärischen Operationen an der Schweizergrenze und behaupte, die französische Presse verbreite, um die französischen Manöver zu verhüllen, fortgesetzt die falsche Behauptung, an der Schweizergrenze drohe der *deutsche* Einmarsch. Dr. Hoffmann drang intensiv in Dr. Müller, durch Vermittlung des bayrischen Kriegsministeriums im Interesse der Schweiz die Reise zu General Ludendorff unternehmen zu wollen. Schliesslich sagte Dr. Müller zu, immerhin wurde es Anfangs Februar, bis der Termin für die Unterredung mit Ludendorff festgesetzt werden konnte. Dr. Hoffmann gab Dr. Müller den Entwurf für eine Erklärung, wie er sie von General Ludendorff wünschte. Am 9. Februar wurde Dr. Müller von General Ludendorff in Berlin, wo damals das Hauptquartier war, ausserordentlich freundlich empfangen, wobei Ludendorff erklärte, dass die Sache für ihn so wichtig sei, wie für die Herren in Bern. Nach einer langen Unterhaltung über die Kriegslage, die Verhältnisse in Deutschland speziell hinsichtlich der Volksernährung, über das Verhalten des Hauptquartiers zur Regierung und zum Parlament kam man auch auf die Schweiz und ihre Grenzen zu sprechen. *Ludendorff betonte seine Sympathie für die Eidgenossenschaft, lobte die ausserordentliche defensive Tüchtigkeit der Armee* und zeigte sich bereit, dem Wunsche von Bundesrat Hoffmann voll zu entsprechen. Er sah den von Hoffmann entworfenen Text durch und erklärte: «Das unterschreibe ich ohne weiteres.» Dann setzte er seine Unterschrift unter das Schriftstück. Damit war festgelegt, dass die deutsche Heeresführung dafür Sorge tragen werde, jede absichtliche oder unabsichtliche Ueberschreitung der Schweizergrenze zu verhindern. Das Schriftstück wurde von Dr. Müller persönlich an Dr. Hoffmann abgegeben. Damit hatte Dr. Müller, der spätere deutsche Gesandte in Bern, der Schweiz und auch seinem Heimatstaate einen *grossen Dienst* geleistet. Das Politische Departement setzte sich, gestützt auf die Erklärung Ludendorffs, mit der französischen Heeresleitung in Beziehung und es gelang, auch von dieser eine ähnliche Erklärung zu erlangen. Der Barackenbau in Savoyen wurde eingestellt und die vordislozierten französischen Truppen «umgruppiert», wie es damals hiess.— Vor einiger Zeit schickte mir ein hoher französischer Offizier, den ich am Concours Hippiques in Luzern kennen gelernt hatte, ein Buch, das er über seine Kriegserfahrungen geschrieben hatte. Dort findet sich die Bemerkung, dass im Jahre 1916 bei der französischen Armeeführung die Befürchtung bestanden habe, es möchte seitens Deutschlands ein Durchbruch durch die Schweiz versucht werden. Man habe dann aber die in Aussicht genom-

menen Massnahmen *aus nicht bekannten Gründen* nicht vollzogen. *Die Erklärung dürfte in der vorstehenden Darstellung liegen.* Es erklärt sich aber daraus auch die sympathische Aufnahme, die Dr. Müller nach seiner Ernennung zum deutschen Gesandten beim schweizerischen Bundesrate gefunden hat. Es sind wenige Diplomaten, die sich in Bern innert kurzer Zeit eine so hochangesehene und auch einflussreiche Stellung zu schaffen wussten, wie Dr. Müller. Er hat seinem Lande und der Schweiz in gleicher Weise ausgezeichnete Dienste erwiesen und ist bis heute ein treuer Freund der Schweiz geblieben. — Auch Bundesrat *Dr. Hoffmann* hat sich durch jenes rasche kluge Eingreifen um unser Land verdient gemacht. Unwillkürlich drängt sich bei mir auch die Erinnerung an jenen hochbegabten und an Geist hochstehenden Magistraten auf, der unglückseligen Verumständungen zum Opfer gefallen ist. Es wäre mir als Freund und Verehrer Dr. Hoffmanns ein inneres Bedürfnis, auch jene Vorgänge einer Würdigung zu unterziehen, war mir doch als Berichterstatter der Neutralitätskommission Gelegenheit gegeben, sie in ihren Einzelheiten zu prüfen und festzustellen, wie rein die Absichten Dr. Hoffmann stets gewesen sind und wie schweres Unrecht ihm in der Missdeutung seiner Absichten geschehen ist. Es würde das über die diesem Artikel gesteckten Grenzen hinausgehen. Vielleicht wird sich an anderer Stelle Gelegenheit finden, das wirkliche Bild dieses Mannes, dem ja auch General Wille und Generalstabschef von Sprecher nahe gestanden war, festzuhalten.

Historia docet. Die Vorsehung, die über dem schweizerischen Vaterland immer gewacht hat, gab der Eidgenossenschaft gerade in der Schicksalszeit des Jahres 1914 eine *starke Regierung*. Es waren Männer im Bundesrat, denen es weder an Talent noch Schaffenskraft mangelte und die den festen Willen hatten, vorzusehen und vorzukehren, was nottat. *Auch das ist heute das Gebot der Stunde.* Kein Mensch weiss, was die nächste Zukunft uns bringen kann. Man wird gut tun, sich auf Schlimmes gefasst zu machen. *Nur eine starke Regierung kann dem Land Führer und Helfer sein.* In Zürich, Luzern und Bern hat das ganze Volk dem Bundesrate zugejubelt. *Es waren Zeichen grössten Vertrauens.* Die Zahl jener, welche dieses Vertrauen bestreiten, ist klein, aber ihre Frechheit und Verantwortungslosigkeit ist gross genug, um die öffentliche Meinung zu trüben und zu fälschen.

Wer es mit Land und Volk ehrlich meint, wird sich immer auf die Seite der obersten Landesbehörde stellen, wenn sie an das Vertrauen des Volkes appelliert. Vor allem muss die Landesregierung auch am *Parlamente* sichern Rückhalt haben. Kraftvolle Unterstützung, unbedenkliche Gefolgschaft, geschlossene

Beihilfe für die unentbehrlichen Massnahmen muss der Bundesrat von jenen erwarten, die ihn gewählt haben. *Wenn in kommenden Schicksalstagen einem starken Bundesrate auch ein starkes verantwortungsbewusstes Parlament zur Seite stehen wird, dann wird die Geschichte doch wieder Lehrmeisterin gewesen sein und dann kann und darf es uns um das Schicksal des Landes nicht bange sein.*

Erinnerungen an den 1. August 1914

In der Artillerie-Offiziersschule in Thun wurde am 1. August 1914 wie gewohnt um 5 Uhr zur Tagwache gepfiffen und der Dienst begann nach dem Tagesbefehl. Für meine Klasse von 14 Feldartilleristen war für die Frühstunde Schiesslehre angesetzt. Ich hatte aber an diesem Tage gar kein Verlangen nach innerer oder äusserer Ballistik, und erklärte daher meinen Aspiranten, ich wolle heute ausnahmsweise vom Tagesbefehl abweichen und ihnen statt der Flugbahn die Kriegsmobilmachung erklären. Bald wurde ich von den jungen Leuten mit Fragen bestürmt. Sie wollten wissen, was im Falle einer Mobilmachung mit ihnen geschehe, ob sie bei der Truppe als Offiziere verwendet würden, oder ob sie als Fahrerkorporale Dienst leisten müssten, ob nun die Möglichkeit, Offizier zu werden, für sie ausgeschlossen sei, und dergleichen mehr.

Ich antwortete ihnen, sie haben bei der Mobilmachung mit ihrer Einheit einzurücken. Als Offiziere seien sie auf keinen Fall verwendbar, da sie ja erst seit zwei Wochen in der Offiziersschule seien. Der Batteriechef werde über ihre Einteilung bestimmen. Da meines Wissens in den meisten Batterien Mangel an Wachtmeistern herrsche, komme für sie die Verwendung in dieser Charge in Frage, weil sie nun doch schon einige Kenntnisse im Geschützdienst erworben haben. Ueber eine spätere Fortsetzung der Offiziersschule könne zur Zeit gar nichts gesagt werden, dies hänge ganz von den Ereignissen ab. (Tatsächlich wurde dann im Herbst die Artillerie-Offiziersschule wieder einberufen und zu Ende geführt.)

Da ich nicht nur Klassenchef war, sondern auch noch als Kompagniechef der Aspirantenkompagnie funktionierte, meldete ich mich nach der Frühstückspause beim Schulkommandanten, Oberst Lardy, und fragte, ob er besondere Befehle für mich habe. Er hatte soeben nach Bern telephoniert und von der Abteilung für Artillerie die Antwort erhalten, es seien keine weiteren Massnahmen zu treffen, die Schule solle ruhig weiter arbeiten.

Die verschiedenen Klassen begaben sich daher zum Unterricht: in die Reitbahn, zur Arbeit am Geschütz oder zur Theorie.